

Online-Befragung

(48. KW 2017)



Feldzeit:

28.11. – 29.11.2017

Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

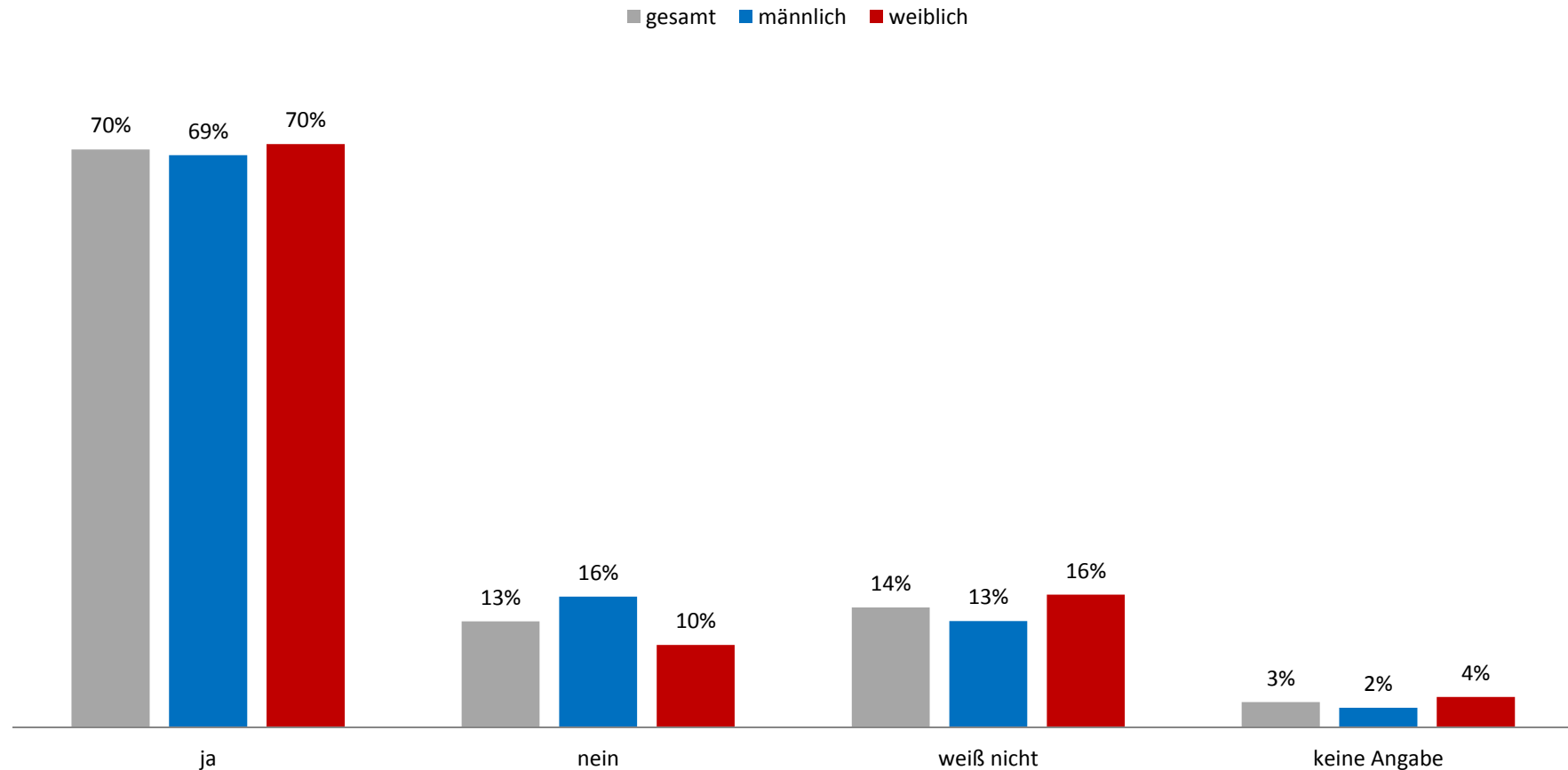
Stichprobe:

1.061 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Frage:

Es gibt immer wieder Fälle, in denen im Trennungsfall eines Paares ein oder mehrere der gemeinsamen Kinder ins Ausland entführt werden. Im Haager Kindesentführungsübereinkommen ist vorgeschrieben, dass die Vertragsstaaten innerhalb von 6 Wochen eine Rückführung dieser Kinder anordnen müssen. Dennoch gibt es einzelne Staaten, die dieser Verpflichtung nicht immer nachkommen.

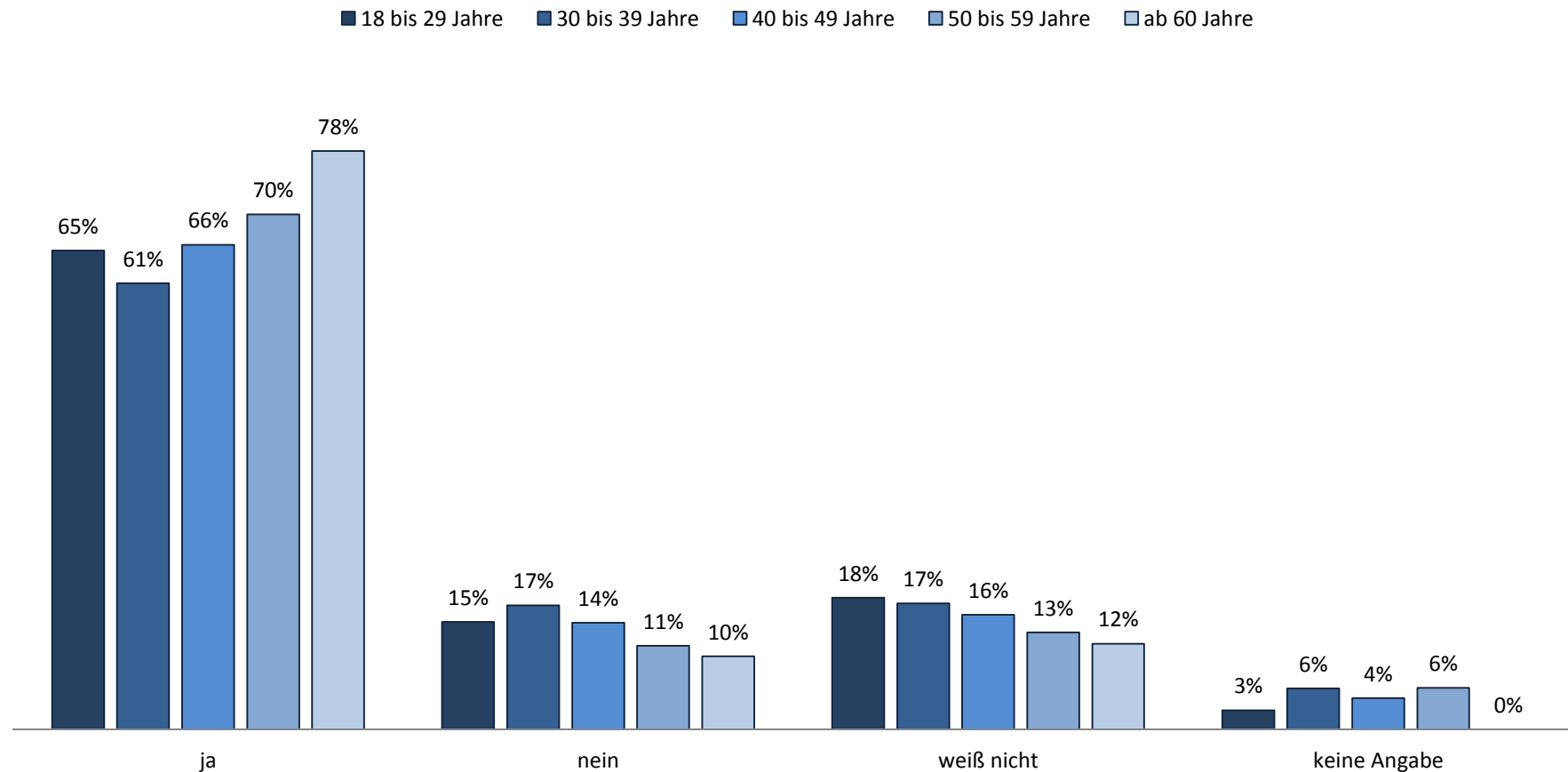
Sollte sich in solchen Fällen Ihrer Meinung nach der/die Bundeskanzler/in gegenüber diesen ausländischen Regierungen für die Rückkehr der entführten Kinder persönlich einsetzen?



Sieben von zehn Befragte (70 %) sind der Meinung, dass sich der oder die Bundeskanzler/in gegenüber ausländischen Regierungen persönlich für die Rückkehr von entführten Kindern einsetzen sollte. Etwa jeder Achte (13 %) ist gegenteiliger Meinung. Der Anteil der Befragten, die keine Antwort auf die Frage wissen oder dazu keine Angabe machen (17 %, kumuliert) ist jedoch größer als der Anteil der negativen Antworten. Zwischen den Geschlechtern zeigen sich nur minimale Unterschiede in der Zustimmung. Die Ablehnung ist bei männlichen Befragten etwas größer (16 %) als bei Frauen (10 %).

Sollte sich in solchen Fällen Ihrer Meinung nach der/die Bundeskanzler/in gegenüber diesen ausländischen Regierungen für die Rückkehr der entführten Kinder persönlich einsetzen?

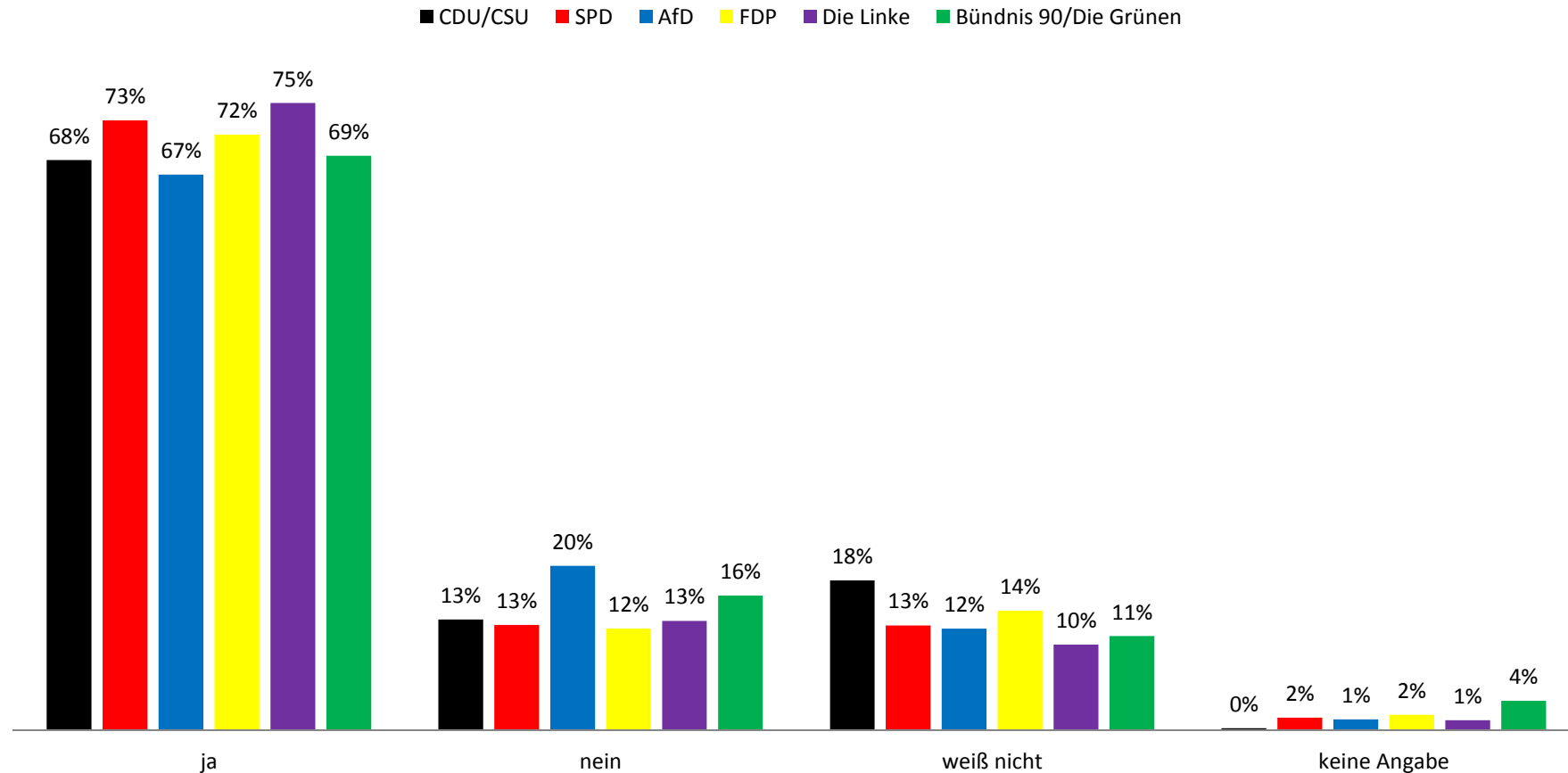
5



Fast zwei Drittel der jüngsten Befragten zwischen 18 und 29 Jahren (65 %) sind der Meinung, dass sich der oder die Bundeskanzler/in persönlich für die entführten Kinder einsetzen sollte. Ebenso ein Drittel der 40- bis 49-Jährigen (66 %) sind dieser Meinung. Die Zustimmung steigt dann weiter mit dem Alter, auf 70 Prozent der 50- bis 59-jährigen und 78 Prozent der ab 60-jährigen Befragten. Befragte zwischen 30 und 39 Jahren stimmen am wenigsten häufig, aber deutlich mehrheitlich (61 %) für den persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers.

n = 1.061

Sollte sich in solchen Fällen Ihrer Meinung nach der/die Bundeskanzler/in gegenüber diesen ausländischen Regierungen für die Rückkehr der entführten Kinder persönlich einsetzen?



Betrachtet man die Antworten der Befragten danach, welche Partei sie wählen, zeigt sich, dass bei den Wählern aller Parteien mehr als zwei Drittel für den persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers für die Rückkehr von entführten Kindern ist. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den Wählern der Linken, wo drei Viertel (75 %) diese Meinung vertreten. Am wenigsten deutlich ist dies bei den AfD-Wählern, wo der Anteil bei 67 Prozent liegt. In dieser Gruppe liegt die Ablehnung mit einem Fünftel der befragten AfD-Wähler (20 %) auch am höchsten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.